



## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18. Oktober 2021

Verband Deutscher Lokalzeitungen e. V. (VDL):

### **Forderungen der Lokalzeitungen zu den Koalitionsverhandlungen**

Der Verband Deutscher Lokalzeitungen e.V. (VDL) hat SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP seine zentralen Forderungen zu den Koalitionsverhandlungen übermittelt.

Dazu gehören: ein Presseauskunftsrecht auf Bundesebene, eine Vertriebsförderung und die Erhöhung der Minijob-Grenze auf zunächst 600 Euro. Zudem sollen Journalistische Print- und Digitalprodukte umsatzsteuerfrei behandelt werden.

Dadurch könne die unabhängige Presse, die gerade im ländlichen Raum von unschätzbarem Wert für die Gemeinschaft und ein elementares Korrektiv sei, gestärkt werden. „Es gelte Fake News, Fragmentierungstendenzen, Filterblasen und Echokammern aktiv entgegenwirken zu können und Nachrichtenwüsten in Deutschland zu verhindern“, so VDL-Vorsitzender Kai Röhrbein.

Der Verband Deutscher Lokalzeitungen e. V. (VDL) ist die Interessenvertretung der lokalen Zeitungs- und Medienhäuser. In ihm sind rund 80 kleinere und mittlere Tageszeitungen zusammengeschlossen, die etwa fünf Millionen Leserinnen und Leser haben. Der VDL repräsentiert die Belange lokaler und regional ausgerichteter Tageszeitungen - print und digital.

#### **Kontakt:**

Stefan Waldschmidt M.A.

Verbandsreferent

Telefon: 030/ 39 80 51 54

E-Mail: [Stefan.Waldschmidt@lokalpresse.de](mailto:Stefan.Waldschmidt@lokalpresse.de)